

RICHTLINIEN
der Samtgemeinde Baddeckenstedt
über die Abgrenzung der Geschäfte der laufenden Verwaltung
in der Zuständigkeit des Hauptverwaltungsbeamten

Aufgrund des § 58 Abs. 1 Ziffer 2 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. Seite 576) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Samtgemeinde Baddeckenstedt in seiner Sitzung am 25.09.2018 folgende Richtlinie beschlossen:

Artikel I
Abgrenzung der Zuständigkeiten im Rahmen der
Geschäfte der laufenden Verwaltung

Gemäß § 85 Abs. 1 Ziffer 7 NKomVG hat die Samtgemeindebürgermeisterin bzw. der Samtgemeindebürgermeister die Geschäfte der laufenden Verwaltung zu führen. Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung zählen solche, die nicht von grundsätzlicher, über den Einzelfall hinausgehender Bedeutung sind und deshalb keine besondere Beurteilung erfordern, sondern mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehren, nach feststehenden Grundsätzen erledigt werden und für die Samtgemeinde sachlich und finanziell nicht von erheblicher Bedeutung sind.

Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören in der Samtgemeinde Baddeckenstedt insbesondere:

1. die nach feststehenden Richtlinien, Tarifen und Ordnungen usw. abzuschließenden oder regelmäßig wiederkehrenden **Geschäfte des täglichen Verkehrs**,
2. Rechtsgeschäfte oder Verwaltungshandeln, die in Durchführung bundes-, landes- oder ortsrechtlicher Bestimmungen **vorgeschrieben oder zulässig sind**,
3. die Erteilung von **Prozessvollmachten, die Erhebung von Klagen und die Einlegung von Rechtsmitteln** bis zu einem Streitwert von 10.000 €, ausgenommen sind Fälle von grundsätzlicher Bedeutung,
4. der Abschluss von **gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichen**, in vermögensrechtlichen Streitigkeiten, jedoch nur bei einem Wert des Nachgebens der Samtgemeinde von 2.500 €,
5. die Heranziehung zu den **Gemeindeabgaben**,
6. **Löschungsbewilligungen, Abtretungserklärungen und Vorrangseinräumungen**,
7. Ausübung von Rechten aus **Erbbaurechten**, die an Grundstücken der Samtgemeinde bestellt sind,
8. die Festlegung allgemeiner **privatrechtlicher Entgelte** i. S. des § 58 Abs. 1 Nr. 8 NKomVG, deren jährliches Aufkommen den Betrag von 3.000 € voraussichtlich nicht übersteigt,
9. Rechtsgeschäfte über die **Verfügung von Gemeindevermögen** i. S. des § 58 Abs. 1 Nr. 14 NKomVG, insbesondere Schenkungen und Darlehen, die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, die den Wert von 10.000 € nicht übersteigen. Bei dem Erwerb von Wegeparzellen pro qm bis 5 €,

10. **Verträge** der Samtgemeinde mit Ratsmitgliedern oder sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen im Sinne des § 58 Abs. 1 Nr. 20 NKomVG bis zu einem Vermögenswert von 1.000 €,
11. die Entscheidung über die **Stundung** von Forderungen (Steuern, Beiträgen und Gebühren) im Jahr unbegrenzt, im Übrigen bis zu 12 Monate und bis zu einer Wertgrenze von 15.000 €,
12. die **Niederschlagung** von Gebühren und Beiträgen u.a. samtgemeindlicher Forderungen als einbringliche Forderung bis zu einer Wertgrenze von 1.500 €,
13. der **Erläss** von Beiträgen, Gebühren und samtgemeindlicher Forderungen bis zu einer Wertgrenze von 500 €,
14. die **Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen** gem. § 117 Abs. 1 NKomVG im Rahmen der Festlegung in der entsprechenden Haushaltssatzung der Samtgemeinde für das gültige Haushaltsjahr,
15. die Aufnahme von **Liquiditätskrediten** bis zu dem in der jeweiligen Haushaltssatzung festgelegten Höchstbetrag,
16. Verträge über die **Vergabe von Lieferungen und Leistungen** (einschl. Bauleistungen) bis zu einem Wert von 50.000 € im Einzelfall,
17. der Abschluss von **Miet- und Pachtverträgen** bis zu einem Jahresbetrag von 15.000 €.

Artikel II

Beschlussvorbehalte

Die Vorschriften des § 58 Abs. 3 NKomVG und des § 76 Abs. 2 Satz 2 NKomVG, wonach Samtgemeinderat und Samtgemeindeausschuss sich im Einzelfall die Beschlussfassung vorbehalten können, bleiben ebenso unberührt wie gefasste Grundsatzbeschlüsse, bspw. über die Zuständigkeit für die Einstellung, Eingruppierung und Entlassung von Beschäftigten nach dem TVöD sowie Veränderungen der Arbeitszeit und Anzeigepflichten (Einschränkung / Untersagung) von Nebentätigkeiten.

Artikel III

Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Gleichzeitig werden die Richtlinien über die Abgrenzung der Geschäfte der laufenden Verwaltung in der Zuständigkeit des Hauptverwaltungsbeamten vom 24.09.2013 aufgehoben.

Baddeckenstedt, den 25.09.2018

Kubitschke
Samtgemeindebürgermeister